

MAU: So ist es.

SPIEGEL: Gewöhnlich argumentieren Ärzte, daß mit Geld, mit viel Geld für sie und das Gesundheitswesen, alles besser würde.

MAU: Die staatlichen Aufwendungen für das DDR-Gesundheitswesen müssen in der Tat verdoppelt werden. Was die Arzteinkommen angeht: Ein Facharbeiter verdient bei uns im Monat durchschnittlich 1000 Mark netto, ein Assistenzarzt mit den Zuschlägen 1400 bis 1600 netto, ein Chefarzt ungefähr das Doppelte. Ich selbst bin als Ordinarius mit 3200 Mark brutto im Monat gut bezahlt.

SPIEGEL: Da werden Ihre westlichen Kollegen aber schmunzeln: Ein ordentlicher Professor der Chirurgie verdient in der Bundesrepublik locker das Zehnfache, in West-Mark, manche sogar das Hundertfache davon.

MAU: Ich bin nicht Arzt geworden, um als Millionär zu sterben. Wir sind uns alle darüber im klaren, daß die augenblickliche Situation eine Erhöhung der Arzteinkommen nicht hergibt. Selbst eine Verdoppelung der Arztgehälter würde kein Problem des DDR-Gesundheitswesens lösen.

Wir leiden nicht nur unter einem Mangel an Ärzten. Uns fehlen qualifizierte Schwestern und Pfleger. Die erste lohnpolitische Forderung des Virchowbundes wird deshalb eine deutliche Einkommensverbesserung für diese Mitarbeiter sein. Unsere Ärzte arbeiten nicht primär des Geldes wegen, sie sind anders motiviert.

SPIEGEL: Haben Sie sich deshalb dagegen ausgesprochen, westdeutsche Ärzte zu importieren?

MAU: Jeder westdeutsche Kollege ist herzlich willkommen, hier zu arbeiten, als erfahrener Spezialist oder um sich zum Facharzt ausbilden zu lassen. Aber bitte zu den gleichen Bedingungen wie wir. „Intershop“-Ärzte mit zwei Einkommen, einem in Ost und einem in West, das wollen wir nicht.

SPIEGEL: Welche Besonderheiten des westdeutschen Gesundheitswesens würden Sie gern übernehmen?

MAU: Ganz grundsätzlich sind wir für die Möglichkeit, sich als Arzt in einer eigenen Praxis niederlassen zu können. Derzeit gibt es in der ganzen DDR nur noch 430 frei praktizierende Kassenärzte. Das wird nicht so bleiben. Hilfsangebote westdeutscher Ärzteverbände über das Know-how sind uns herzlich willkommen.

SPIEGEL: Sind die Tage der Polikliniken und Ambulatorien also gezählt?

MAU: Ganz und gar nicht. Wir haben ungefähr 10 000 Fachärzte für Allgemeinmedizin. Nur etwa 15 Prozent denken darüber nach, sich in einer eigenen

Praxis niederzulassen. Wenn eine staatliche Arztpraxis gut ausgestattet ist, sind die Patienten dort auch tadellos versorgt. Wir wollen unser Können und unsere Leistungen nicht auf einem Markt meistbietend versteigern.

SPIEGEL: Der Virchowbund versteht sich also nicht in erster Linie als Finanz-Lobby der Ärzte?

MAU: Die Ärzte in der DDR hatten bisher überhaupt keine Lobby. Aber unsere

Rudolf Virchow

gilt als der bedeutendste deutsche Arzt des 19. Jahrhunderts. 1821 in Pommern geboren, in Berlin zum Militärarzt ausgebildet, war er schon mit 22 Jahren Doktor. Bis 1848 wirkte er, vornehmlich als Pathologe, an der Charité. Dann beteiligte er sich, die Pistole in der Hand, an der Revolution. Er ver-



ließ die Barrikade, ehe des Königs Soldaten sie stürmten, und exilierte nach Süddeutschland. 1861, zurück in Berlin, half er, die liberale Fortschrittspartei zu gründen, attackierte den Klerus und legte sich mit Bismarck an. Der forderte den frechen kleinen Doktor zum Pistolenduell; Virchow kniff. Er agitierte für Hygiene, Studiengeldfreiheit, Altersheime und Lohnfortzahlung. Sein wissenschaftliches Œuvre umfaßt rund 5000 Publikationen. Virchow starb 1902, im 81. Lebensjahr, weil er zu hastig von einer fahrenden Straßenbahn sprang.

Hauptaufgabe ist nicht, dafür zu sorgen, daß die Ärzte mehr Geld verdienen.

SPIEGEL: Ihr Namenspatron Rudolf Virchow hat seine Mitstreiter gemahnt: „Vertraut dem Volke und arbeitet für dasselbe!“ Wäre das nicht ein schönes Motto für Ihren Bund?

MAU: Uneingeschränkt ja. Aber Virchow hat auch gesagt: „Immer, wenn ich die anderen von Ethik sprechen höre, weiß ich, daß sie nicht bezahlen wollen.“

Krebs

Gift in der Grubenluft

Jahrzehntelang wurden Strahlenrisiken im Uranbergbau heruntergespielt – mittlerweile sind Hunderte von Minenarbeitern an Krebs gestorben.

Wenn Arden M. Higgins, 56, auf sein Arbeitsleben zurückblickt, fühlt sich der Mann mit der gramzerfurchten Miene „schrecklich deprimiert“. Die meisten seiner ehemaligen Berufskollegen sind chronisch krank oder schon gestorben. „Sieht so aus“, sagt Higgins, „als ob es alle erwischt hat, die früher hier draußen mal gearbeitet haben.“

Erwischt hat es längst auch Frührentner Higgins; die Ärzte haben ihm den rechten Lungenflügel wegoperiert. In seinem Wohnort Marysvale, südlich von Salt Lake City, gibt es viele Leidensgefährten, die wie er am Krebs dahinsiechen. Eine „sterbende Stadt“ nannte die *New York Times* das verödete Nest am Rande der Rocky Mountains: Nur noch 350 Einwohner leben dort, überwiegend Invaliden und Witwen.

Vor drei Jahrzehnten, auf dem Höhepunkt des Kalten Krieges, herrschte in Marysvale Hochkonjunktur. Im Umfeld der einstigen Goldgräberstadt, wie auch in anderen Bergbauregionen der vier US-Staaten Utah, New Mexico, Arizona und Colorado, wurden in fieberhafter Eile Uranminen ausgebeutet. Tausende von Grubenarbeitern schürften, zwischen 1945 und 1965, riesige Mengen Natururan aus dem Gebirgsboden – Bombenrohstoff für Amerikas damals entstehende Atomstreitmacht.

Daß sie dabei ihre Gesundheit ruinierten, ahnten die Bergleute nicht. Jahre lang inhaliierten sie ungeschützt die giftigen Radon-Gase, die als radioaktive Zerfallsprodukte stetig dem Uranerz entweichen. In den Bronchien, Lungen und Nieren der Arbeiter setzten sich die strahlenden Gaspartikel fest; bei vielen der Verseuchten lösten die Radon-Spuren später Krebskrankheiten aus.

Erst in jüngster Zeit ist publik geworden, daß die US-Behörden das mörderische Gesundheitsrisiko beizeiten erkannt hatten. Schon 1949 hatte der amerikanische Public Health Service nach einer Inspektion der Uranminen die dort vorgefundenen Arbeitsbedingungen für lebensgefährlich erklärt: Wenn nichts geschehe, so die Beamten, werde es bei den Arbeitern später zu einer „Lungenkrebs-Epidemie“ kommen.

Bei ihrer Prognose konnten sich die Warner auf deutsche und tschechische

Studien aus den zwanziger Jahren berufen: An Bergleuten aus dem Erzgebirge, die in stark radonhaltiger Grubenluft ihrer Arbeit nachgingen, hatten die Experten eine erhöhte Anfälligkeit für Lungen- und Bronchialkrebs beobachtet. Als „Schneeberger Lungenkrebs“ war das Strahlenleiden in die Lehrbücher aufgenommen worden und auch US-Ärzten bekannt.

Doch deren Ruf nach Schutzmaßnahmen stieß bei der amerikanischen Atomenergie-Kommission auf taube Ohren. Aus Furcht, die reibungslose Uranproduktion könnte durch den Gesundheitsalarm ins Stocken geraten, verfügten die Atomkommissare strikte Geheimhaltung. Den Vorschlag, die gefährliche Ra-

„Wenn wir die Arbeiter alarmiert hätten“, verteidigt sich Archer, „hätten wir unsere Studien nicht weiterführen dürfen“ – die inzwischen bekannt gewordenen Ergebnisse sind niederschmetternd: Von insgesamt 4200 Uranarbeitern, die über Jahre heimlich beobachtet wurden, sind bislang mehr als 400 an Lungenkrebs gestorben; das sind etwa fünfmal mehr als im Durchschnitt der US-Bevölkerung. In den nächsten 20 Jahren, schätzen die Fachleute, werde sich die Lungenkrebsrate bei den ehemaligen Uranwerkern noch einmal verdoppeln.

„Um 1950“, berichtet Duncan E. Holaday vom amerikanischen Gesundheitsdienst, habe „niemand die Strahlenbelastung im Uranabbau für ein echtes Pro-

stiken, die das Ausmaß der Gesundheitsschäden erkennen lassen, wurden laut Beleites (wie in den USA) jahrzehntelang „streng geheimgehalten“.

Auch in der Sowjetunion dringen, seit Glasnost verordnet ist, Schreckensnachrichten aus dem Uranbergbau an die Öffentlichkeit. Im September 1989 brachte die *Komsomolskaja Prawda* eine Reportage über eine namentlich nicht genannte Industriestadt „am Ufer eines großen Flusses“ in der Taiga: Die Einwohner sind, seit 1955, ausschließlich mit der Uranverarbeitung beschäftigt – ihre durchschnittliche Lebenserwartung, so heißt es in dem Bericht, liege bei 28 Jahren.

Seit feststeht, daß die Urangase weit gefährlicher sind, als früher behauptet wurde, können Amerikas strahlenverseuchte Minenarbeiter auf Entschädigung hoffen. Eine Gruppe von 32 Uranwerkern aus Marysvale, die ihren früheren Arbeitgeber verklagt hatte, erstritt sich inzwischen vor Gericht ein Schmerzensgeld in Höhe von mehr als einer Million Dollar.

Zwei Kongreßabgeordnete und US-Senator Orrin G. Hatch aus Utah haben ein Gesetz vorbereitet, das auch staatliche Entschädigungen für invalide Uranarbeiter oder deren Hinterbliebene vorsieht. Doch das Gesetzesvorhaben scheiterte bislang am Widerstand der Bundesregierung in Washington.



Uranabbau in Colorado (1964): „Damals begannen die Leute wegzusterben“

donluft mit Ventilatoren aus den Gruben abzusaugen, lehnten sie noch 1960 als zu teuer ab.

„Anfang der sechziger Jahre“, erinnert sich Minenarbeiter Higgins, „begannen die Leute hier wegzusterben.“ Spätestens damals wußten die Experten vom Public Health Service, daß ihre düsteren Vorhersagen Wirklichkeit geworden waren. In aller Stille, ohne die Arbeiter je über das sie belastende Krebsrisiko zu informieren, hatten die Gesundheitsbeamten ihre Studien fortgesetzt und, im Verlauf immer neuer Reihenuntersuchungen, den körperlichen Verfall der Uranwerker penibel verzeichnet.

„Gemessen an den Standards von heute“, erklärt der Mediziner Victor E. Archer, der die Untersuchungen bis zu seiner Pensionierung im Jahre 1979 leitete, „könnte man sagen, daß die Minenarbeiter wie Versuchstiere behandelt wurden; im Grunde haben wir nur zugeesehen, wie sie gestorben sind.“

blem gehalten“. An Warnungen habe es zwar nicht gefehlt, „doch niemand in der Atomenergie-Kommission war bereit, sich damit zu beschäftigen“.

Nicht weniger harthörig blieb, bis in die jüngste Zeit, auch die Atomlobby im Osten. Erst neuerdings gibt es Untersuchungen etwa aus den Uran-Abbaugebieten in der DDR, die auf eine deutlich erhöhte Krebsrate in der Umgebung von Urangruben und der benachbarten Abraumhalden hinweisen.

So publizierte der DDR-Forscher Michael Beleites 1988 eine Studie mit dem Titel „Pechblende“, in der die Folgen radioaktiver Verseuchung im Umfeld von Gera und Zwickau untersucht werden. Dort, wo seit Jahrzehnten Uran gefördert wird, häufen sich seit langem die Fälle von Hodenkrebs und Leukämie bei jungen Männern; Frauen erleiden überdurchschnittlich oft Fehlgeburten, ungewöhnlich hoch ist auch die Zahl von Mißbildungen bei Neugeborenen. Stati-

Humor

Im Nichts gibt's keine Gegenspur

Ein ehemaliger Kulturreporter aus Köln macht mit ausgesuchtem Blödsinn auf der Bühne Furore.

Tommie liebt Rambo, Zombies, „nackte Alte“ und Mopeds, darum schleppt er auch ständig einen rostigen Auspuff mit sich herum. In tiefstem Kölsch sammelt er groteske Filmimpressionen hervor: „Und der Russe, eh, die Alte voll am Abfoltan, eh mitte Kreissäge eh, Super-Kreissäge, echt geil eh, volle Möhre“ – und Tommies Publikum, zumal das weibliche, kriegt sich vor Lachen nicht ein.

Der junge Mann auf der Bühne schwärmt von seinem neuesten Horrorvideo: „Der Zombie, voll dat Augé am Auslaufen“, während zu seiner Verblüffung „die andern Zombies total am Lachen warn“, denn: „Dat is nich normal eh, der Zombie lacht normal nie, der Zombie is normal immer sauer“ – und die Zuschauer im Alter von 16 bis 60